

Hans-Joachim Schmidt

## Droht ein neuer Krieg in Berg-Karabach?

### Einführung

Der Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan um die Region Berg-Karabach ist auch nach der Waffenstillstandsvereinbarung vom Mai 1994 noch immer ungelöst. Kurz nach dem Krieg in Georgien im August 2008 sah es zunächst so aus, als könnten sich die Präsidenten von Aserbaidschan, Ilham Alijew, und Armenien, Sersch Sargsjan, vielleicht doch noch auf einen ersten Kompromiss verständigen. 2007 hatten die drei Kovorsitzenden der Minsker Gruppe aus Frankreich, den USA und Russland mit ihren „*Basic Principles*“ einen Vorschlag unterbreitet, auf dessen Grundlage über eine umfassende Friedenslösung verhandelt werden sollte.<sup>1</sup> Die derzeit aus 14 OSZE-Staaten bestehende Minsker Gruppe versucht seit 1992 zwischen beiden Seiten zu vermitteln und einen Friedensprozess für das umstrittene Gebiet in die Wege zu leiten und zu unterstützen.<sup>2</sup> Von den *Basic Principles* sind vor allem zwei zwischen beiden Seiten strittig. Während die aserbaidschanische Regierung das Prinzip der territorialen Integrität betont, weil das Gebiet von Berg-Karabach auf seinem Territorium liegt, setzt die armenische Regierung auf das Prinzip der Selbstbestimmung, um damit die Anwesenheit der Berg-Karabach-Armenier dort zu rechtfertigen und für die Zukunft zu sichern. Fast parallel zu den intensiveren Bemühungen der Minsker Gruppe engagierte sich auch die EU über die von ihr im Mai 2009 ins Leben gerufene Östliche Partnerschaft verstärkt in dem Konflikt. Außerdem hatte sich im

- 
- 1 Die *Basic Principles* wurden dem armenischen und dem aserbaidschanischen Außenminister erstmals im November 2007 auf dem OSZE-Ministerratstreffen von Madrid vorgelegt. Im Juli 2009 hoben US-Präsident Barack Obama, Russlands Präsident Dmitri Medwedew und Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy in einer gemeinsamen Erklärung die sechs wichtigsten der Prinzipien noch einmal hervor. Siehe The White House, Office of the Press Secretary, Joint Statement on the Nagorno-Karabakh Conflict, by U.S. President Obama, Russian President Medvedev, and French President Sarkozy at the L'Aquila Summit of the Eight, 10. Juli 2009, unter: [http://www.whitehouse.gov/the\\_press\\_office/Joint-Statement-on-the-Nagorno-Karabakh-Conflict/](http://www.whitehouse.gov/the_press_office/Joint-Statement-on-the-Nagorno-Karabakh-Conflict/). Die *Basic Principles* beruhen auf den in der Helsinki-Schlussakte von 1975 vereinbarten Prinzipien des Gewaltverzichts, der territorialen Integrität der Staaten und des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Die sechs wichtigsten Punkte betreffen die Rückgabe der Berg-Karabach umgebenden besetzten Gebiete an Aserbaidschan, die Verbindung von Armenien nach Berg-Karabach durch den Latschin-Korridor, die Rückkehr der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen, den vorläufigen Status von Berg-Karabach, einschließlich der Gewährleistung seiner Sicherheit und Selbstverwaltung, die Bestimmung des endgültigen Status von Berg-Karabach durch ein Referendum sowie internationale Sicherheitsgarantien, einschließlich eines *Peacekeeping*-Einsatzes. Die Details der *Basic Principles* wurden seit dem Madrider Ministerrat zwar mehrmals überarbeitet, die Prinzipien an sich blieben jedoch unverändert.
- 2 Der Minsker Gruppe gehören Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Deutschland, Finnland, Frankreich, Italien, Russland, Schweden, die Türkei und die USA sowie auf rotierender Basis die OSZE-Troika an; siehe unter: <http://www.osce.org/mg/66926>.

diplomatischen Hintergrund die Schweiz seit 2007 für die Normalisierung der historisch sehr belasteten Beziehungen zwischen Armenien und der Türkei eingesetzt. Auch hier schien gegen Ende 2009/Anfang 2010 mittels zweier Abkommen ein kleiner Durchbruch möglich.<sup>3</sup>

Doch Baku, das auch ein strategischer Partner Ankaras im Konflikt mit Armenien ist, nutzte die Macht seines Gas- und Erdölreichtums dazu, die türkische Regierung von der Ratifikation beider Abkommen abzuhalten. Die beabsichtigte Normalisierung hätte zu einer Schwächung des türkisch-aserbaid-schanischen Handelsembargos gegen Armenien geführt und Eriwan in den Verhandlungen um die Zukunft Berg-Karabachs in eine bessere Position gebracht. Mit diesem Schritt hat Aserbaidshan sich allerdings keinen Gefallen getan, denn inzwischen scheint in Armenien aus innenpolitischen Gründen das Interesse an einer Einigung deutlich abgenommen zu haben. Die Regierung in Baku versucht seither hauptsächlich durch eine Erhöhung des militärischen Drucks, Eriwan zum Einlenken zu bewegen, bislang jedoch ohne sichtbaren Erfolg. Die Beziehungen zwischen Armenien und Aserbaidshan haben sich seitdem wieder verschlechtert und verhärtet. Das zeigt sich auch daran, dass die Zahl der Schusswechsel an der Kontaktlinie zwischen Berg-Karabach und Aserbaidshan und sogar an der Grenze zwischen Armenien und Aserbaidshan drastisch zugenommen hat und der Rüstungswettlauf unvermindert anhält. Ende Mai 2011 haben US-Präsident Barack Obama, Russlands Präsident Dmitri Medwedew und Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy – deren laufende Amtszeit 2012 endet – auf dem G8-Gipfel in Deauville in einer gemeinsamen Erklärung den politischen Druck auf beide Seiten noch einmal erhöht und sie aufgefordert, sich bei den *Basic Principles* auf eine Kompromisslösung zu einigen.<sup>4</sup> Dass dieser externe Druck, so wichtig und richtig er auch politisch ist, ausreicht, um endlich zu einem Durchbruch zu gelangen, wird von vielen Experten jedoch bezweifelt.<sup>5</sup>

Auf der anderen Seite gibt es aber auch Hoffnungen auf eine friedliche Konfliktregelung. Die Erdöl- und Erdgasfunde im Kaspischen Meer und in Aserbaidshan haben die wirtschaftliche Bedeutung der Region seit den 1990er Jahren deutlich erhöht. Der unregelmäßige Konflikt im Südkaukasus und die dadurch ausgelösten Wirtschafts- und Handelsblockaden der Türkei und Aserbaidshans gegen Armenien und Berg-Karabach schaffen jedoch kein günstiges Umfeld für längerfristige Investitionen und die wirtschaftliche Entwicklung des gesamten Südkaukasus. Hinzu kommt die derzeit nur wenig nutzbare Funktion der Region als Brücke nach Zentralasien, die aus sicherheitspolitischen, energiepolitischen und ökonomischen Gründen an Bedeu-

---

3 Vgl. Thomas de Waal, *Armenia and Turkey: Bridging the Gap*, Carnegie Endowment for Peace, Policy Brief 87, Washington, D.C., October 2010, unter: <http://carnegieendowment.org/2010/10/05/armenia-and-turkey-bridging-gap/22p>.

4 Vgl. Joint statement on the Nagorno-Karabakh Conflict, by the Presidents of the OSCE Minsk Group Co-Chair Countries at the G-8 Summit, Deauville, France, 26. Mai 2011, unter: <http://www.osce.org/mg/78195>.

5 Vgl. Experts: There will be no breakthrough in talks around Nagorno-Karabakh, in: *Today.Az*, 3. Juni 2011, unter: <http://www.today.az/print/news/politics/87440.html>.

tung gewinnt. Diese Entwicklungshemmnisse begünstigen die Armut der Bevölkerung, die Schattenwirtschaft, Korruption und Kriminalität in der Region. Die diplomatische Regelung des Territorialkonflikts bleibt deshalb eine zentrale Voraussetzung dafür, diese Probleme überwinden zu können. Seit 2007 treffen sich NGOs aus den am Konflikt beteiligten Staaten fast regelmäßig entweder in Georgien oder in der Türkei, um über weitere Fortschritte in den armenisch-aserbaidschanischen Beziehungen zu beraten.<sup>6</sup> Sie werden von den USA über den Stand der Gespräche der Minsker Gruppe mit den Konfliktparteien informiert. Russland, das sich vor allem durch die Bemühungen Präsident Medwedews konstruktiv an der Konfliktregelung beteiligt, hat außerdem ein erstes Treffen zwischen armenischen und aserbaidschanischen Parlamentariern organisiert.

### *Ist Frieden möglich?*

Charles Kupchan hat in einer kürzlich veröffentlichten Studie anhand einer Reihe von Fallbeispielen untersucht, wann und unter welchen Bedingungen erfolgreiche Friedensprozesse möglich sind.<sup>7</sup> Er kommt zu dem Ergebnis, dass jeder erfolgreiche Friedensprozess in vier Phasen erfolgt: In der ersten Phase muss eine der beiden Seiten die Bereitschaft zum Frieden und zu ersten politischen Schritten in diese Richtung („*unilateral accommodation*“) entwickeln. In der zweiten Phase müssen beide Seiten wechselseitige Zurückhaltung („*reciprocal restraint*“) üben, um sich in Kompromissen einander anzunähern und erste gemeinsame Vereinbarungen abzuschließen. In der dritten Phase verbreitert sich die gesellschaftliche Basis der bis dahin auf politische Entscheidungsträger, Diplomaten und Militärs beschränkten Annäherung und es entstehen Kontakte u.a. auf wirtschaftlicher Ebene und zwischen den Bürgern („*societal integration*“). Erst danach entwickeln sich daraus auf beiden Seiten neue veränderte Deutungen der Geschichte und neue Identitäten („*generation of new narratives and identities*“), die den Friedensprozess dauerhaft stabilisieren. Kupchan nennt fünf weitere Faktoren, die für den Erfolg von Bedeutung sind: Erstens, die Annäherung darf nicht erzwungen werden, sondern muss das Ergebnis wechselseitigen diplomatischen Engagements sein. Dabei darf Engagement jedoch nicht mit Appeasement verwechselt werden. Zweitens ist hervorzuheben, dass aus Kupchans Sicht der Regimetyp der Staaten kein Indikator für den Erfolg von Friedensanstrengungen ist. Entgegen der allgemeinen Erwartung trifft es nach seinen Analysen nicht zu, dass Demokratie oder Demokratisierung eine notwendige Voraussetzung für erfolgreiche Friedensprozesse ist. Drittens ist die politische Diplomatie zwi-

---

6 Ein solches Treffen ist dokumentiert in: Caucasus Institute (Hrsg.), *Caucasus Neighborhood: Turkey and the South Caucasus*, Eriwan 2008.

7 Charles A. Kupchan, *Enmity into Amity: How Peace Breaks Out*, in: Friedrich Ebert Stiftung International Policy Analysis, Berlin, April 2011, unter: <http://library.fes.de/pdf-files/iez/07977.pdf>.

schen beiden Seiten und nicht die wechselseitige wirtschaftliche Abhängigkeit von entscheidender Bedeutung. Sie sei die eigentliche „Friedenswährung“ („*currency of peace*“<sup>8</sup>). Dabei kann sich ökonomische Interdependenz allerdings positiv auswirken. Viertens kommt auch den innenpolitischen Kräfteverhältnissen auf beiden Seiten eine zentrale Rolle für den Frieden zu. Sind oppositionelle und nationalistische Kräfte gegen einen Frieden und können sie ausreichende Unterstützung dafür mobilisieren, kann daran jeder Friedensprozess scheitern. Schließlich können fünftens Drittparteien – externe Mächte oder internationale Organisationen – eine wichtige Rolle in dem Friedensprozess spielen, indem sie ihn erleichtern, unterstützen oder begleiten; dies kann jedoch die notwendige Kooperation der Konfliktparteien keinesfalls ersetzen.

Wendet man diese Erkenntnisse nun auf den Konflikt um Berg-Karabach an, so ist – vorausgesetzt, sie bestätigen sich – Folgendes festzustellen: Die gute Nachricht ist, dass die autoritären Strukturen in beiden Staaten einem erfolgreichen Friedensprozess nicht entgegenstehen. Es lässt sich sogar argumentieren, dass die Demokratisierung eines der beiden oder beider Staaten zusätzliche strukturelle Probleme für den Friedensprozess schaffen kann, wenn sie zu einer innenpolitischen Fragmentierung führt, die eine berechenbare und verlässliche Außenpolitik erschwert. Außerdem können Demokratisierungsprozesse auch die Wahrscheinlichkeit von innerer oder äußerer Gewalt, z.B. um von innenpolitischen Problemen abzulenken, erhöhen, was ebenfalls jedem Friedensprozess schaden würde. Auch das äußere Umfeld ist, wie die gemeinsame Erklärung von Obama, Medwedew und Sarkozy zeigt, derzeit günstig für eine Friedensregelung. Zudem ist seit einigen Jahren ein intensiver politischer Dialog auf höchster Ebene zwischen den beiden Präsidenten der Konfliktparteien zu beobachten. Die Mitwirkung von politischen Vertretern Berg-Karabachs wird dabei allerdings nach wie vor von Aserbaidschan abgelehnt, weil es in keinem Fall zu irgendeiner politischen Anerkennung des Gebietes beitragen will. Das ist jedoch zumindest bei dem aktuellen armenischen Präsidenten kaum ein Problem, da er selbst Berg-Karabach-Armenier ist und so indirekt diese Region mit repräsentiert. Trotz dieses Dialogs und des bei beiden Präsidenten sicherlich vorhandenen Friedenswillens stellt sich aber dennoch die Frage, ob tatsächlich bereits die Bereitschaft zumindest einer Seite zu einem echten Einlenken in Richtung auf einen Friedensprozess erkennbar ist und die Phase der wechselseitigen Zurückhaltung und der Kompromisse beginnen kann.

### *Asymmetrische Ausgangslage*

Auf der strategischen Ebene ist die Ausgangslage beider Seiten unterschiedlich. Das erschwert eine Einigung und schürt auf beiden Seiten Misstrauen.

---

8 Ebenda, S. 7.

Armenien erscheint dabei in der komfortableren Situation zu sein. Es hat in den bilateralen militärischen Auseinandersetzungen um die hauptsächlich von Armeniern bewohnte aserbajdschanische Region Berg-Karabach die Oberhand gewonnen und seit 1994 sieben weitere lokale Verwaltungsgebiete Aserbajdschans als zusätzlichen Schutzgürtel besetzt.<sup>9</sup> Es ist Mitglied der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) und ein militärischer Bündnispartner Russlands. Eriwan kann mit dem Erreichten zufrieden sein und muss sich als am Status quo orientierte Konfliktpartei eigentlich nur noch um die internationale Anerkennung seiner eroberten Gebiete bemühen. Dabei ist jedoch unklar, ob Armenien eher die nach Unabhängigkeit strebenden lokalen Berg-Karabach-Armenier in Stepanakert unterstützt oder ob es letztendlich selbst das Gebiet annektieren und Berg-Karabach lediglich einen autonomen Sonderstatus zubilligen will. Bislang hat es die lokale Regierung in Stepanakert nicht anerkannt, auch wenn diese in Eriwan eine „Ständige Vertretung“ und in mehreren anderen europäischen Hauptstädten Büros ohne diplomatischen Status unterhält. Wirtschaftlich von Nachteil ist für Armenien jedoch das von Aserbajdschan und der Türkei seit dem Waffenstillstand verhängte Wirtschafts- und Handelsembargo, weil damit der Handel mit Nachbarstaaten nur über den Umweg durch Georgien und den Iran möglich ist. Das verteuert künstlich den Warenverkehr, schwächt Armeniens Wirtschaft im internationalen Wettbewerb und trägt zu Armut und Unterentwicklung im Land bei. Nach dem Georgienkrieg von 2008 hat der georgische Präsident Micheil Saakaschwili außerdem russische Waffenlieferungen an Armenien und die dort stationierten russischen Truppen durch sein Land verboten. Lieferungen sind somit nur über den teuren Luftweg oder über den Umweg durch den Iran möglich. Armenien, zu dessen Verteidigung vor allem gegen die Türkei russische Truppen im Land und an der türkischen Grenze stationiert sind, bleibt auf die militärische Unterstützung und die Waffenlieferungen seines Bündnispartners angewiesen, die für Moskau und die armenischen Streitkräfte nach dem Georgienkrieg jedoch teurer geworden sind. Insofern kann sich das Land diesen Zustand auf Dauer nicht leisten.

Aserbajdschan ist nicht am Status quo orientiert. Es strebt diplomatisch die Rückkehr der von Armenien und Berg-Karabach-Armeniern besetzten Gebiete unter seine Hoheitsgewalt an. Es will Berg-Karabach allenfalls einen Autonomiestatus zugestehen und beansprucht deshalb auch die Mitverantwortung für die Kontrolle des Latschin-Korridors, der später Berg-Karabach durch aserisches Territorium hindurch sicher mit Armenien verbinden soll.

---

<sup>9</sup> Zur historischen Genese des Konflikts siehe ausführlich Rexane Dehdashti, Internationale Organisationen als Vermittler in innerstaatlichen Konflikten. Die OSZE und der Berg Karabach-Konflikt, Frankfurt/Main 2000, S.98-123. Kürzere Darstellungen finden sich in Rexane Dehdashti-Rasmussen, Der Konflikt um Berg-Karabach: Ursachen, Verhandlungsstand und Perspektiven, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 2006, Baden-Baden 2007, S. 209-232, und in Emil Souleimanov, Der Konflikt um Berg-Karabach, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 2004, Baden-Baden 2004, S. 217-236.

Baku agiert dabei einerseits aus der nachteiligen Position des Verlierers und des Fordernden. Es nutzt dabei auch sein im Vergleich zu Armenien zahlenmäßig deutlich größeres Vertriebenen- und Flüchtlingsproblem als Instrument. Armenien musste während der militärischen Auseinandersetzungen etwa 360.000 Flüchtlinge und rund 70.000 Vertriebene aufnehmen, die es mit internationaler Hilfe weitgehend zu integrieren versucht hat. Baku war hingegen mit 200.000 Flüchtlingen und 570.000-690.000 Vertriebenen konfrontiert, die von der übrigen Gesellschaft separiert in einfachen Wohnblock-siedlungen untergebracht wurden.<sup>10</sup> Ihnen wird bis heute eine Integration in die aserbajdschanische Gesellschaft verweigert, um sie später im Falle einer Friedensregelung umso leichter wieder rücksiedeln zu können. Damit soll auch der Anspruch Bakus auf die Hoheitsgewalt über diese Gebiete international untermauert werden, zumal allenfalls noch 100.000-150.000 Berg-Karabach-Armenier in den besetzten Gebieten Aserbaidschans leben dürften. Die Rückführung der deutlich höheren Zahl aserischer Flüchtlinge und Vertriebenen kann daher zu neuen Asymmetrien führen und ist eines der zentralen Probleme der Friedensregelung. Um dann den Frieden zu wahren, wird bereits seit den 1990er Jahren der Einsatz einer 3.000 Mann starken OSZE-Friedenstruppe für verschiedene Szenarien geplant.

Andererseits haben die reichen Erdöl- und Erdgasfunde in Aserbaidschan sowie die steigenden Energiepreise die politische und wirtschaftliche Situation Aserbaidschans im Verhältnis zu Armenien drastisch verändert. Die Ausgaben Aserbaidschans allein für seine Verteidigung erreichen heute mit etwas mehr als drei Milliarden US-Dollar die Höhe des gesamten armenischen Staatshaushalts. Baku kann daher trotz des politisch-psychologischen Nachteils eines Verlierers aus einer Position der wirtschaftlichen, politischen und bald auch militärischen Stärke heraus agieren. Ein erheblicher Teil der Verteidigungsausgaben geht allerdings durch die im Verteidigungsbereich besonders grassierende Korruption wieder verloren. Außerdem haben die aserbajdschanischen Streitkräfte Probleme bei der Ausbildung ihrer Soldaten an den neuen Waffen und ihre Kampfkraft wird generell niedriger als die der armenischen Truppen eingeschätzt. Hinzu kommt, dass die aserbajdschanischen Pipelines und Energiegewinnungsanlagen im Kriegsfall durch weitreichende armenische Artillerie und insbesondere russische Kampfflugzeuge leicht zu zerstören wären. Der Regierung und den herrschenden Familien in Baku würde damit ihre wichtigste Einnahmequelle verloren gehen – mit ungewissen Folgen für den herrschenden Klan und die Erhaltung des autoritären Regimes. Schließlich hat man auch in Baku die Liberalisierung in den arabischen Staaten verfolgt und dieses neue Risiko, auch wenn es in Aserbaidschan sehr schwer einzuschätzen ist, wirkt einem Militäreinsatz eher entge-

---

10 Vgl. Hans-Joachim Schmidt, Militärische Vertrauensbildung und Rüstungskontrolle in unregelmäßigem Territorialkonflikten, HSFK-Report Nr. 6/2009, Frankfurt am Main 2009, S. 6, unter: <http://hsfk.de/fileadmin/downloads/report0609.pdf>.

gen. In der aserbaidischen Energiewirtschaft ist man aus den obengenannten Gründen ebenfalls eher gegen einen militärischen Lösungsversuch. Allerdings soll Aserbaidisch bereits in zwei bis drei Jahren seinen energie-wirtschaftlich bedingten ökonomischen Zenit erreicht haben und, wenn weiter steigende Energiepreise dies nicht auffangen, seine Positionsgewinne gegenüber Armenien allmählich wieder einbüßen. Es gibt daher Befürchtungen, dass die Regierung in Baku trotz der negativen Erfahrungen Georgiens im Augustkrieg 2008 doch, bevor allzu große Positionsverluste eintreten, einem militärischen Angriff wagen könnte, der zumindest kurzfristig weitere Friedensgespräche unmöglich machen würde. Die wachsende militärische Macht und die davon ausgehende Gefahr eines militärischen Konflikts wird von einigen Aserbaidischern in hochrangigen Positionen bewusst dazu genutzt, Armenien zu einem Friedenskompromiss zu drängen.

Da liegt auch das eigentliche Problem für die armenische Regierung. Sie will vermeiden, dass Aserbaidisch sie aus einer Position der Stärke heraus zu einem Kompromiss bei den *Basic Principles* und einer Friedenslösung drängt, da dies dem armenischen Präsidenten innenpolitisch großen Schaden zufügen könnte. Schon der Verlauf der armenisch-türkischen Normalisierungsgespräche war in dieser Hinsicht ein Warnsignal. Sie schadeten dem armenischen Präsidenten trotz der Vorteile und der Aussicht auf eine Lockerung der Wirtschaftsblockade dadurch, dass er mit der Armenischen Revolutionären Föderationspartei einen Bündnispartner in der Regierung verlor, weil er aus ihrer Sicht der Türkei in der Genozid-Frage zu große Zugeständnisse gemacht hatte.<sup>11</sup> Dies war für den Präsidenten insofern ein Problem, als diese Partei auch großen Einfluss auf die armenische Diaspora, insbesondere in den USA, hat. Ein früherer diplomatischer Lösungsversuch scheiterte außerdem u.a. an der Erschießung des damaligen armenischen Premierministers im armenischen Parlament 1999, was jeden armenischen Präsidenten zur Vorsicht mahnt. Das unterstreicht die Bedeutung des innenpolitischen Faktors für eine Friedenslösung und hier ist eigentlich etwas mehr aserbaidische Rücksichtnahme gefragt, die aber gegenwärtig kaum zu erkennen ist.

Auch Russland kann an einem neuen Krieg im Kaukasus nicht gelegen sein. Es hat großes Interesse am aserbaidischen Energiesektor und will dort seine Geschäfte und seinen Einfluss erheblich erweitern, auch um das westliche *Nabucco-Pipeline*-Projekt zu schwächen, das das Kaspische Meer über die Türkei, Bulgarien, Rumänien, Ungarn und Österreich mit Westeuropa verbinden soll. Aus diesem Grund ist Russland neben den osteuropäischen Staaten in den letzten fünf Jahren zu einem wichtigen Waffenlieferanten für die aserbaidischen Streitkräfte aufgestiegen. Ein erneuter Waffengang würde die diplomatischen Bemühungen Präsident Medwedews konterkarie-

---

11 Vgl. Radio Liberty/Radio Free Europe, Armenian Revolutionary Federation Quits Government, 28. April 2009, unter: [http://www.rferl.org/content/Armenian\\_Revolutionary\\_Federation\\_Quits\\_Government/1617382.html](http://www.rferl.org/content/Armenian_Revolutionary_Federation_Quits_Government/1617382.html). Die Armenische Revolutionäre Föderationspartei lehnte es ab, dass eine gemeinsame wissenschaftliche Kommission zunächst klären sollte, ob die Türkei einen Völkermord an der armenischen Minderheit begangen habe.

ren, der mit Unterstützung des französischen Präsidenten Sarkozy und des amerikanischen Präsidenten Obama in Konsultationen mit den Präsidenten Armeniens und Aserbaidschans eine diplomatische Konfliktregelung gemäß den Vorschlägen der Minsker Gruppe zu fördern versucht. Auf der anderen Seite scheinen aber die russischen Hardliner um Premierminister Wladimir Putin eine Schwächung des russischen Einflusses in der Region zu fürchten, sollte es zu einem Friedensprozess kommen.<sup>12</sup>

### *Militärische Spannungen wachsen*

Große Sorgen bereitet der in den letzten Jahren von Aserbaidschan forcierte Rüstungswettlauf zwischen den beiden Staaten. Baku kann dank seiner drastisch gestiegenen Erdöleinnahmen deutlich mehr für seine Streitkräfte und ihre Ausrüstung ausgeben als das arme Armenien mit Berg-Karabach. In der letzten Dekade hat Aserbaidschan real seinen Verteidigungsetat mit 1,413 Milliarden US-Dollar<sup>13</sup> im Jahre 2009 verzehnfacht, ohne dass eine entsprechende Erhöhung der Bedrohung zu beobachten war. Die Verteidigungsausgaben gingen 2010 leicht um 3,5 Prozent zurück, da die Energiepreise infolge der globalen Finanzkrise sanken.<sup>14</sup> Der Anteil der Verteidigungsausgaben am Gesamtetat betrug im Jahr 2000 noch 35 Prozent, ist seither aber gefallen und schwankte je nach der Entwicklung der Energiepreise in den Jahren 2004 bis 2008 zwischen neun und 17 Prozent. Ihr Anteil am Bruttonationaleinkommen (BNE) lag von 2000 bis 2009 nur zwischen 2,4 und 3,4 Prozent.<sup>15</sup> Von diesen niedrigen Werten darf man sich aber nicht täuschen lassen, wie die Zahlen oben zeigen. Derart hohe Steigerungen des Verteidigungsetats sind ein starkes Indiz dafür, dass Bakus Pläne auch die militärische Option für die Reintegration Berg-Karabachs mit einbeziehen.

Armeniens Verteidigungsausgaben stiegen von 2000 bis 2009 real nur auf knapp das Dreifache, von 94 Millionen auf 272 Millionen US-Dollar.<sup>16</sup> 2010 gab es nach Schätzungen des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI einen weiteren Anstieg um 12,5 Prozent.<sup>17</sup> Bis 2007 sank der Anteil der Verteidigungsausgaben am Gesamthaushalt allerdings von 23 auf etwas über zehn Prozent und am BNE von fünf auf 2,2 Prozent.<sup>18</sup> Dieser positive Trend ist jedoch seit 2008 infolge Armeniens Reaktion auf die drastisch erhöhten Verteidigungsausgaben Aserbaidschans im Jahr 2006 wieder rückläufig. Bis

---

12 Vgl. Wikileaks Cable 10BAKU134, Azerbaijani President to U/S Burns: „You can't boil two heads in one pot“, vom 25. Februar 2010, veröffentlicht am 28. Januar 2011.

13 Die Angabe ist inflationsbereinigt und basiert auf dem konstanten US-Dollar von 2005. Sie ist mit späteren Zahlen zu den aktuellen Ausgaben nicht vergleichbar.

14 Vgl. SIPRI Yearbook 2011: Armaments, Disarmament and International Security, Oxford 2011, S. 208-209.

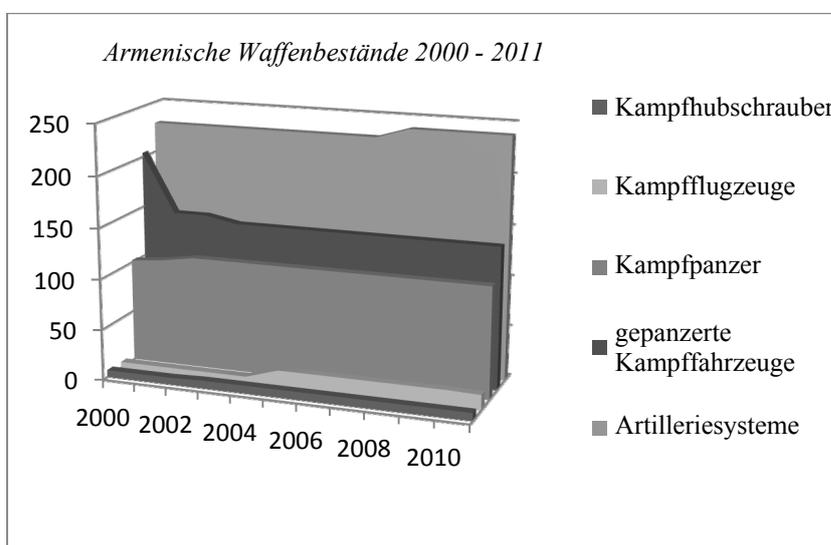
15 Vgl. ebenda, S. 216.

16 Siehe Anm. 13.

17 Vgl. SIPRI Yearbook 2011, a.a.O. (Anm. 14), S. 208-209.

18 Ausführlicher hierzu Schmidt, a.a.O. (Anm. 10), S. 8-9.

2009 wuchs der Anteil der Verteidigungsausgaben am Gesamthaushalt wieder auf 15 Prozent. Diese Zahlen beinhalten jedoch nur einen Teil der armenischen Aufrüstung, da die kostenlose Überlassung von Munition und Waffen von Seiten Russlands darin nicht berücksichtigt ist. Von 1993-1996 wurden heimlich 84 Kampfpanzer, 50 Schützenpanzer und 72 Artilleriesysteme aus Russland an Armenien und Berg-Karabach geliefert. Bis heute ist ungeklärt, wo diese Waffen geblieben sind. Hinzu kommt, dass über die Stärke der armenischen Streitkräfte in Berg-Karabach und die Stärke der Streitkräfte der Berg-Karabach-Armenier, die unter einem gemeinsamen Kommando agieren, wenig bekannt ist. Angaben hierzu werden lediglich von Aserbaidschan veröffentlicht, lassen sich bislang aber nicht überprüfen. Sie sind vermutlich zu hoch, um die eigene Aufrüstung zu rechtfertigen. Nach diesen Meldungen sollen von 1997 bis 2009 in Berg-Karabach 118 Kampfpanzer (+47 Prozent) sowie jeweils 181 gepanzerte Kampffahrzeuge (+65 Prozent) und Artilleriesysteme (+61 Prozent) hinzu gekommen sein.<sup>19</sup> 2009 waren dort nach aserbaidsschanischen Angaben 371 Kampfpanzer, 459 gepanzerte Kampffahrzeuge und 479 Artilleriesysteme stationiert. Immerhin räumte ein hochrangiger Regierungsbeamter aus Russland Ende April 2011 gegenüber dem Autor ein, dass die Streitkräftekonzentration in Berg-Karabach die höchste im ganzen Kaukasus sei.

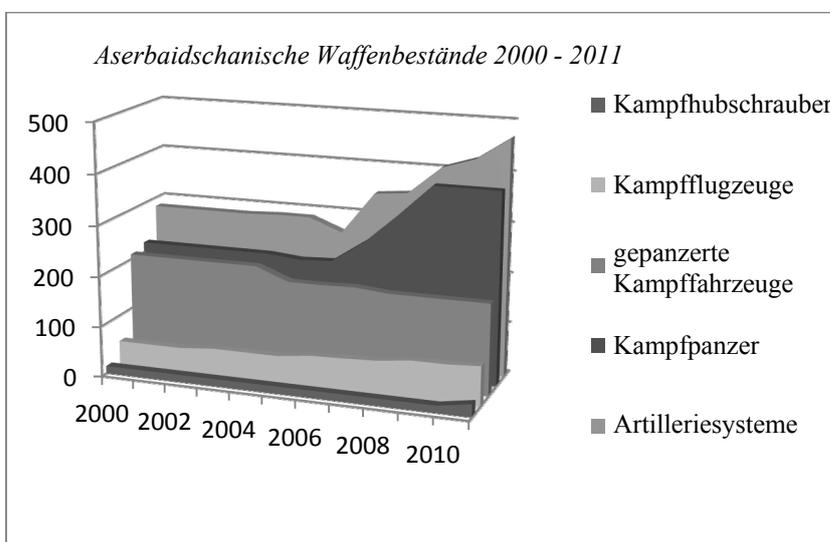


Quelle: Dorn Crawford, *Conventional Armed Forces in Europe (CFE), A review and update of key treaty elements*, US Department of State, Washington D.C. 2000-2011.

19 Vgl. Permanent Mission of the Republic of Azerbaijan to the OSCE, *Armenian aggression against Azerbaijan: facts and figures based on military analysis*, Vienna 2009.

Da sich in der letzten Dekade auf den armenischen Militärbasen selbst, wie die obige Graphik zeigt, quantitativ nur wenig verändert hat, korrelieren die Erhöhungen in Berg-Karabach auch eher mit der Verdreifachung des armenischen Verteidigungsetats. Wie die Graphik zeigt, haben sich die Zahlen in vier der fünf Waffenkategorien in Armenien selbst nur geringfügig erhöht: Kampfhubschrauber +1, Kampfflugzeuge +9, Kampfpanzer +8 und Artillerie +10. Lediglich in der Kategorie der gepanzerten Kampffahrzeuge gab es eine größere Veränderung – eine Abnahme um 64 Systeme –, die aber vermutlich nach Berg-Karabach verlegt wurden. Armeniens jährliche Bestandsangaben gemäß dem KSE-Vertrag sind somit verzerrt, da die Angaben für Berg-Karabach fehlen.

Aufgrund der Handels- und Wirtschaftsblockade durch die Türkei und Aserbaidshjan ist der Waffenimport für Eriwan weiterhin schwierig. Russland bleibt für Armenien der wichtigste Waffenlieferant. Daneben haben in der letzten Dekade die Slowakei zwei Kampfflugzeuge und Belarus zehn Artilleriegeschütze geliefert. China ist ebenfalls ein wichtiger Waffenlieferant (Mehrfachraketenwerfer). Armenien meldet seine Waffenimporte nur teilweise an das VN-Register für konventionelle Waffen, vermutlich um Aserbaidshjan über die tatsächliche Stärke und den Modernisierungsgrad der Truppen in Berg-Karabach im Ungewissen zu lassen.



*Quelle: Dorn Crawford, Conventional Armed Forces in Europe (CFE), A review and update of key treaty elements, US Department of State, Washington D.C. 2000-2011.*

Aserbaidshjan ist der größte Rüstungsimporteur im Kaukasus. Allein von 2002 bis 2009 wurden mindestens 168 T-72-Kampfpanzer, 37 gepanzerte Kampffahrzeuge, 315 Artilleriegeschütze, 33 Kampfflugzeuge und elf

Kampfhubschrauber beschafft.<sup>20</sup> Zu den Lieferländern gehören die Ukraine, Belarus, die Slowakei, Bulgarien, Georgien, Israel (Aufklärungsdrohnen), Südafrika und auch Russland, das an Baku im Jahr 2007 62 T-72-Kampfpanzer und ab 2008 70 gepanzerte Kampffahrzeuge des Typs BTR-80 lieferte. Über diese Waffenlieferungen sucht Moskau seinen energiepolitischen Einfluss auf Baku auszuweiten, erhält zugleich aber auch größeren sicherheitspolitischen Einfluss, sollte ein Krieg drohen. Da Armenien und Aserbaidschan bislang lediglich eine Waffenstillstandsvereinbarung unterzeichnet haben und sich technisch gesehen immer noch im Kriegszustand befinden, sind derart hohe Waffenlieferungen insbesondere an Aserbaidschan als eine Partei, die an einer Änderung des Status quo interessiert ist, sicherheitspolitisch sehr bedenklich. Die ostmitteleuropäischen Staaten und vor allem die Ukraine sollten hier in Zukunft mehr Zurückhaltung üben, gerade weil in den nächsten Jahren ein militärischer Konflikt nicht mehr auszuschließen ist. Das VN-Register für konventionelle Waffen kann dabei seine Warnfunktion nur eingeschränkt wahrnehmen, da Waffentransfers erst im Nachhinein und nicht im Voraus oder während des Transfers gemeldet werden.

Die obige Graphik zeigt dabei anschaulich, in welchem Umfang Aserbaidschan seine Waffenbestände in vier von fünf Waffenkategorien in der letzten Dekade, insbesondere seit 2006/2007, aufgrund der hohen Einnahmen aus den Energiepreissteigerungen teilweise drastisch erhöht hat: Kampfpanzer +161, Artillerie +187, Kampfflugzeuge +31, Kampfhubschrauber +11. Lediglich bei den gepanzerten Kampffahrzeugen ist eine leichte Absenkung um 30 Stück festzustellen.

Besondere Sorgen macht Armenien und Berg-Karabach die Verbesserung der Nachtkampftauglichkeit und der Aufklärungsfähigkeit der aserbaidschanischen Streitkräfte nach dem Georgienkrieg.<sup>21</sup> So wurden z.B. die 2009 aus der Ukraine importierten elf russischen Mi-24-Hind-Kampfhubschrauber von einer südafrikanischen Rüstungsfirma nachträglich nachtkampftauglich ausgerüstet. Hinzu kommt, dass die Verbesserung der Aufklärung mit der Einführung israelischer Drohnen die Effizienz der aserbaidschanischen Artillerie und der Kampfflugzeuge erheblich steigern kann. Armenien und Berg-Karabach wollen daher zur Verbesserung ihrer Luftverteidigung aus Russland weitere S-300- und neue S-400-Flugabwehrsysteme einführen. Noch glauben die Streitkräfte Armeniens und Berg-Karabachs ausreichend stark gerüstet zu sein, da das gebirgige Terrain in Berg-Karabach mitsamt der befestigten Abwehrstellungen den Verteidiger auch gegenüber einem zahlenmäßig stärkeren Gegner begünstigt. Doch die Befürchtungen nehmen zu, weil Eriwan nicht über die finanziellen Möglichkeiten Bakus verfügt.

---

20 Eigene Berechnungen auf der Grundlage des United Nations Register of Conventional Arms, unter: [http://unhq-appspub-01.un.org/UNODA/UN\\_REGISTER.nsf](http://unhq-appspub-01.un.org/UNODA/UN_REGISTER.nsf).

21 Vgl. Sergey Minasyan, Nagorno-Karabakh After Two Decades of Conflict: Is Prolongation of the Status Quo Inevitable?, in: Caucasus Institute Research Papers Nr. 2, Eriwan, August 2010, S. 44-53.

### *Rüstungskontrolle droht an Bedeutung zu verlieren*

Es stellt sich die Frage, was die vorhandenen europäischen Regime zur militärischen Vertrauensbildung – wie das Wiener Dokument – und zur Rüstungskontrolle – wie der KSE-Vertrag – dazu beitragen können, einen solchen möglichen militärischen Konflikt zu verhindern. Seit Russland den KSE-Vertrag im Dezember 2007 suspendiert hat, da bis zu dem Zeitpunkt der 1999 unterzeichnete angepasste KSE-Vertrag von den NATO-Staaten noch nicht ratifiziert worden war, sieht es in dieser Hinsicht leider nicht gut aus. Es ist bisher nicht gelungen, für die Krise der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa eine Lösung zu finden. Das hat auch negative Auswirkungen auf das Wiener Dokument 1999, dessen notwendige Modernisierung dadurch blockiert wird.<sup>22</sup> Auch regionale Ansätze für mehr militärische Vertrauensbildung und Rüstungskontrolle sind bislang gescheitert, was zumeist daran lag, dass sie vor allem von Aserbaidschan abgelehnt werden, da es die Nähe zur EU sucht und nicht von Europa getrennt werden möchte. Zwar hat die OSZE im Juli 2011 in Odessa ein Seminar über neue regionale Maßnahmen veranstaltet, das jedoch insofern enttäuschend verlief, als Russland und die Türkei als wichtige Akteure in der Region nicht teilnahmen. Außerdem haben die westlichen KSE-Staaten den Datenaustausch mit Moskau im Rahmen des KSE-Vertrags Ende 2011 eingestellt, da Russland sich seit 2007 nicht mehr daran beteiligt.<sup>23</sup> Damit wurde der KSE-Vertrag, der erheblich dazu beigetragen hat, eine Eskalation des Konflikts in Richtung eines erneuten Kriegsausbruchs zu verhüten, weiter geschwächt.

Bisher hat der KSE-Vertrag mit seinen paritätischen Obergrenzen für beide Staaten (220 Kampfpanzer, 220 gepanzerte Kampffahrzeuge, 285 Artilleriesysteme, 100 Kampfflugzeuge und 50 Kampfhubschrauber) und seinem Transparenz- und Verifikationsmechanismus zur Stabilisierung der Waffenstillstandsvereinbarung trotz mancher Schwächen beigetragen. Der Statuskonflikt um Berg-Karabach hat weitergehende Regelungen bislang verhindert. Die Regierung in Stepanakert ist zur Mitwirkung an konventioneller Rüstungskontrolle bereit, allerdings nur nach vorheriger Anerkennung. Das wird von Baku jedoch vehement abgelehnt. Baku will auch in den Gesprächen über die *Basic Principles* erst dann über vertrauensbildende Maßnahmen diskutieren, wenn der Statuskonflikt um Berg-Karabach gelöst ist, Armenien möchte dies bereits vorher.<sup>24</sup> Statusneutrale Regelungen der militärischen

---

22 Das neue Wiener Dokument 2011 wurde Ende des Jahres auf einer Sondersitzung des Forums für Sicherheitskooperation verabschiedet. Bei der Überarbeitung wurden jedoch lediglich einige technische Details aktualisiert. Siehe hierzu ausführlich Pierre von Arx, Jüngste Entwicklungen in den Bereichen Rüstungskontrolle und vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen, im vorliegenden Band, S. 225-250.

23 Vgl. U.S. Department of State, Implementation of the Treaty on Conventional Armed Forces in Europe, Statement by Victoria Nuland, Washington, D.C., 22 November 2011, unter: <http://translations.state.gov/st/english/texttrans/2011/11/20111122143004su0.6327479.html>.

24 Vgl. President of Russia, Declaration between the Republic of Azerbaijan, the Republic of Armenia and the Russian Federation, Moskau, 2. November 2008, unter: <http://archive>.

Vertrauensbildung waren bisher zwischen beiden Seiten nicht möglich. Vor allem wäre eine bessere Überwachung der Kontaktlinie wichtig, um die dortigen anhaltenden Schießereien zu beenden. Russland hat in diesem Zusammenhang in seinen trilateralen Gesprächen mit den beiden Konfliktparteien im März 2011 einen neuen Mechanismus zur Verhinderung von Zwischenfällen als vertrauensbildende Maßnahme nach dem Vorbild des Mechanismus zur Verhinderung und Regelung von Zwischenfällen in Georgien vorgeschlagen. Bilaterale Gespräche über einen solchen Mechanismus waren bislang allerdings nicht erfolgreich und dauern an. Eriwan und Stepanakert sollten außerdem endlich mehr Transparenz über ihre Truppen in Berg-Karabach herstellen.

Seit 2001 hat Baku zudem zu acht (seit 2002 neun) eigenen militärischen Standorten in Berg-Karabach und den anderen besetzten Gebieten, auf die es keinen Zugriff hat, keine korrekten Angaben mehr gemacht.<sup>25</sup> Die Verbände dieser Friedensstandorte sind derzeit nahe der Kontaktlinie auf aserbajdschanischem Territorium stationiert. Seither dürfen die übrigen KSE-Staaten diese Verbände jedoch nicht mehr inspizieren, obwohl sie im jährlichen Datenaustausch noch genannt werden. Das ist Aserbajdschans Antwort auf Armeniens Ausklammerung seiner Ausrüstung in Berg-Karabach. Die Situation wird noch dadurch verschärft, dass die aserbajdschanischen Bestände in den Waffenkategorien Kampfpanzer und Artillerie inzwischen die oben erwähnten KSE-Obergrenzen zunehmend überschreiten. Ähnliches dürfte auch für die armenischen Streitkräfte gelten, wenn man ihre Bestände in Berg-Karabach hinzuaddiert. Insofern ist eine Stärkung der Rolle von militärischer Vertrauensbildung und Rüstungskontrolle hier dringend geboten. Dies hat jedoch nur dann eine Chance, wenn die NATO-Staaten und Russland konventionelle Rüstungskontrolle wieder ernster nehmen und deren aktuelle Krise überwinden, zumal Aserbajdschan schon jetzt signalisiert, dass es an einer weiteren Absenkung seiner nationalen Höchststärken kein Interesse hat.

### *Schlussfolgerungen für den Friedensprozess*

Die militärische Entwicklung der letzten Jahre macht deutlich, dass es trotz der intensivierten Verhandlungen zwischen den beiden Präsidenten um einen möglichen Friedensprozess nicht zum Besten bestellt ist. Auch die Tonlage zwischen beiden Staaten hat sich seit 2009 leider wieder verschärft. Baku setzt vermehrt auf politischen und militärischen Druck statt auf politische Kompromisse mit Armenien und Eriwan baut eher auf seine eigene Stärke statt auf Verständigung, wie der jüngste Besuch des armenischen Präsidenten

---

kremlin.ru/eng/text/docs/2008/11/208708.shtml. In diesem Dokument akzeptierte Aserbajdschan erstmals vertrauensbildende Maßnahmen als Instrument zur Konfliktlösung.

25 Vgl. Bureau of Verification and Compliance, *Adherence to and Compliance with Arms Control, Nonproliferation, and Disarmament Agreements and Commitments*, Washington, D.C., 30. August 2005, unter: [www.state.gov/t/avc/rls/rpt/51977.htm](http://www.state.gov/t/avc/rls/rpt/51977.htm).

in Berg-Karabach unterstrichen hat. Insbesondere die militärische Entwicklung gibt Anlass zur Besorgnis, seit auf aserbaidisch-azerbaidschanischer Seite die Bereitschaft zu einem militärischen Lösungsversuch trotz des abschreckenden Beispiels des Georgienkrieges zu wachsen scheint<sup>26</sup> und parallel dazu die Möglichkeiten der Rüstungskontrollpolitischen Einhegung einer militärischen Option derzeit eher abnehmen. Dem lässt sich nur begegnen, wenn die westlichen NATO-Staaten, die Ukraine, Belarus und Russland militärische Vertrauensbildung und Rüstungskontrolle wieder ernst nehmen. Die osteuropäischen Staaten, die Aserbaidschan mit Waffen versorgen, sind wiederum gehalten, ihre bisherige Waffenexportpolitik zu überdenken und mehr Zurückhaltung zu üben. Das gilt auch für Russland, das aufgrund seiner energiepolitischen Interessen hier in den letzten Jahren eine ambivalente Haltung eingenommen hat.

Die Chancen für den bilateralen Friedensprozess haben trotz der Verbesserung der äußeren Rahmenbedingungen, vor allem der russisch-amerikanischen Beziehungen, abgenommen. Da 2012 in Russland und in den USA Wahlen anstehen, können sich diese Bedingungen jedoch auch wieder verschlechtern. Auf der *Track-Two*-Ebene sind die auf Verständigung setzenden Gruppen in beiden Gesellschaften noch zu schwach, um eine Änderung des feindlichen Verhaltens ihrer Regierungen und eines Großteils der Bevölkerung zu bewirken. Das gilt vor allem in Aserbaidschan. Die politischen Eliten beider Seiten scheinen noch nicht wirklich bereit zu sein, in die – mit den Worten Charles Kupchans – erste Phase des Friedensprozesses einzutreten, in der auch bereits Ansätze der in der zweiten Phase einzugehenden Kompromisse sichtbar sein müssen. Russland, die EU und die USA sollten zum einen vor allem auf der *Track-Two*-Ebene die Verständigungsbemühungen weiterhin nachhaltig unterstützen. Leider scheiterte das für den 28. November 2011 in Berlin geplante zweite *Track-Two*-Treffen von Vertretern der aserischen und der armenischen Gemeinschaft in Berg-Karabach, da die armenische Gemeinschaft aus Statusgründen nicht erschien. Einem für Ende Januar oder Anfang Februar 2012 geplanten Treffen ist hoffentlich mehr Erfolg beschieden.<sup>27</sup> Russland, die EU und die USA könnten ihre Anstrengungen noch besser als bisher miteinander abstimmen. Darüber hinaus können sie auch die Anreize für eine Friedenslösung erhöhen, indem sie den Konfliktparteien z.B. Investitionen im Bereich der wirtschaftlichen Infrastruktur anbieten. Die EU sollte hierfür die am 15. Juli 2010 aufgenommenen Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen mit Armenien und Aserbaidschan im Rahmen der neuen Östlichen Partnerschaft nutzen.

---

26 Vgl. André Widmer, Sehnsucht nach Heimat, in: Frankfurter Rundschau vom 29. Juni 2011, S.17.

27 Vgl. Azerbaijani community of Nagorno-Karabakh turns to int'l organizations, Today.Az, 16. Dezember 2011, unter: <http://www.today.az/print/news/politics/99836.html>.